

Antrag 256/I/2025**KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Kennzeichenerkennungskameras für die Nutzung von Bus- und Fahrradspuren**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und des
 2 Abgeordnetenhauses werden aufgefordert, sich in Berlin
 3 für eine stärkere Nutzung von Kennzeichenerkennungskameras zur Überwachung der unberechtigten Nutzung
 4 von Bus- und Fahrradspuren stark zu machen.

6 In diesem Zusammenhang soll auch geprüft werden, in-
 7 wie weit mobile Kameras an Bussen der BVG angebracht
 8 werden können.

9

Begründung

11 Durch den Ausbau von Busspuren und Fahrradspuren kön-
 12 nen sich vielfach die Durchfahrtszeiten für Autofahrer er-
 13 höhen. Dies wird aber zu Gunsten der Beschleunigung
 14 bzw. Sicherung des ÖPNV und Fahrradverkehr ausdrück-
 15 lich in Kauf genommen. Einzelne Autofahrer missbrau-
 16 chen die Spuren jedoch, um darin am Stau vorbeizufahren.
 17 Ein solches Verhalten, wenn es nicht sanktioniert wird,
 18 kann eine negative Vorbildwirkung für andere Autofahrer
 19 auslösen. Je mehr Autofahrer sich nicht an die Regeln hal-
 20 ten, desto geringer ist der Nutzen der Spuren für die be-
 21 günstigten Gruppen bis hin zur den kompletten Wegfall
 22 des Nutzens.

23

24 Aktuell ist die Wahrscheinlichkeit, Wahrscheinlichkeit,
 25 dass Bedienstete der Ortungsdienste oder der Polizei
 26 Missbrauch ahnden, sehr gering. Dies führt an einzel-
 27 nen Orten dazu, dass Busspuren fast standardmäßig von
 28 einzelnen „Schlaumeiern“ missbraucht werden, was zur
 29 Erosion der Regeltreue bei den im Rückstau wartenden
 30 „Dummen“ führt. Daher bedarf es eine Erhöhung des Ver-
 31 folgung Druckes, was nur durch die stärkere Nutzung von
 32 Kameratechnik realistisch erscheint. Mittlerweile ist die
 33 Kameratechnik so gut, dass eine Überwachung des öffent-
 34 lichen Verkehrsraums und der höchsten Datenschutz An-
 35 forderungen möglich ist, d.h. dass Kameras zum Beispiel
 36 nur bei PKWs auf Busspuren auslösen und so die Anzahl
 37 der zu Unrecht fotografierten Fahrzeuge (zum Beispiel Ta-
 38 xis, Dienstwagen von Polizei etc.) auf ein Minimum redu-
 39 zieren.

40

41 Das Anbringen und Kameras an Fahrzeugen der BVG ist
 42 an das Vorgehen der Stadt Wiesbaden angelegt. Es sollte
 43 ausdrücklich eine Ergänzung zu dem aktuellen Vorgehen
 44 der BVG darstellen, Person, die Busspur zu parken bzw. blo-
 45 ckieren, abzuschleppen.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und des
 Abgeordnetenhauses werden aufgefordert, eine landes-
 gesetzliche Regelung zur Ermöglichung digitaler Park-
 raumüberwachung (vgl. Landesmobilitätsgesetz Baden-
 Württemberg) zu prüfen und eine Bundesratsinitiative
 zur Anpassung bundesrechtlicher Vorgaben einzubrin-
 gen, so dass eine digitale Ahndung von Parkverstößen,
 inkl. der der unberechtigten Nutzung von Bus- und Fahr-
 radspuren, auch bundesweit ermöglicht wird.